

Antrag

der Abgeordneten Heike Hänsel, Sevim Dağdelen, Dr. Alexander S. Neu, Ulla Jelpke, Andrej Hunko, Michel Brandt, Christine Buchholz, Dr. Diether Dehm, Dr. Gregor Gysi, Matthias Höhn, Zaklin Nastic, Thomas Nord, Tobias Pflüger, Eva-Maria Schreiber, Helin Evrim Sommer, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

Afghanistan-Einsatz umfassend aufarbeiten und außenpolitische Konsequenzen ziehen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 1. Mai 2021 begann offiziell der Abzug der NATO-Truppen aus Afghanistan. Die US-Truppen sollen bis zum 11. September 2021, also zum 20. Jahrestag des Terrorangriffs auf das World Trade Center in New York, vollständig abgezogen werden. Für die Bundeswehr hatte die Bundesverteidigungsministerin den vollständigen Abzug bis Mitte August 2021 in Aussicht gestellt.

Mit dem Abzug endet eine fast 20-jährige Präsenz der Bundeswehr in Afghanistan, die mit der Zustimmung des Bundestags zur Beteiligung an der Operation Enduring Freedom (OEF), also am sogenannten „Krieg gegen den Terrorismus“, am 16.11.2001 und an der NATO-geführten „Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe“ (ISAF) am 22.12.2001 eingeleitet wurde.

Die OEF wurde in Afghanistan 2014 beendet, aus ISAF wurde im Januar 2015 die Mission Resolute Support (RS). Im Rahmen des Afghanistan-Einsatzes verloren 59 Bundeswehrsoldaten ihr Leben. Die Kosten des Einsatzes beliefen sich auf 12,5 Mrd. Euro.

NATO und Bundeswehr hinterlassen nach 20 Jahren ein Land, das nach wie vor und wieder zunehmend von Gewalt geprägt ist, in dem die soziale und wirtschaftliche Entwicklung auf niedrigem Niveau stagniert, das politisch instabil ist und in dem die islamistischen Taliban, sowie Warlords und andere Terrormilizen weiter auf dem Vormarsch sind.

Die humanitäre Situation ist katastrophal, wie die Berichte der UN-Unterstützungsmission für Afghanistan (UNAMA) zeigen: Auch 2020 wurden wieder fast 9000 Zivilisten und über 10 000 afghanische Soldaten getötet. Allein im vergangenen Jahr sind laut aktuellen Zahlen von UN-OCHA knapp 380 000 Menschen innerhalb des Landes vor Kämpfen und Gefechten aus ihren Dörfern und Städten geflohen. Über 2,7 Millionen afghanische Flüchtlinge sind weltweit im Ausland registriert. Die Zahl der Menschen, die auf humanitäre Hilfe im Land angewiesen sind, hat sich seit Anfang 2020 von 9,4 Millionen auf 18,4 Millionen verdoppelt.

Internationale Beobachter schätzen, dass 50 bis 70 Prozent des afghanischen Geländes außerhalb von Städten unter Kontrolle der Taliban stehen. Seit Beginn des Truppenabzugs haben die Taliban 11 weitere Bezirke unter ihre Kontrolle gebracht. Die UNAMA, zählte von Januar bis März 2021 573 getötete und 1210 verletzte Zivilisten. Im Juni tötete der Islamische Staat 10 Menschen bei einem Angriff auf einen Minenräumtrupp. Der Afghanistan-Einsatz ist, gemessen an seinen eigenen Ansprüchen, gescheitert.

Insgesamt wurden in den 20 Jahren des NATO-Krieges tausende Zivilisten getötet. Offizielle Opferzahlen gibt es bisher nicht, die Nichtregierungsorganisation Iraq Body Count geht von mindestens 185 000 zivilen Opfern aus.

Auch die Bundeswehr hat viele zivile Tote zu verantworten. So wurden am 4.9.2009 in Kunduz im Norden Afghanistans bei einem Luftangriff, der von einem deutschen Oberst ausgelöst worden war, 142 Menschen umgebracht, darunter viele Zivilisten.

Die Afghan War Logs, eine im Juli 2010 von WikiLeaks veröffentlichte Sammlung von Frontberichten und geheimdienstlichen Einschätzungen, haben das Ausmaß der Katastrophe ebenso verdeutlicht wie die Afghanistan Papers, der zunächst geheim gehaltene und erst nach einem Prozess Ende 2019 öffentlich gemachte Bericht des US-Generalinspektors für den Wiederaufbau in Afghanistan. Doch wurden die Erkenntnisse nicht in der breiten Öffentlichkeit diskutiert. Der Rückzug aus dem desaströsen Einsatz wurde sträflich hinausgezögert. Die Bundesregierung hat, anstatt eigene Schlussfolgerungen zu ziehen, sich in große Abhängigkeit der US-Politik begeben.

Die Entscheidung für die Beteiligung Deutschlands an OEF und ISAF (später RS) bedeutete, gemeinsam mit der Beteiligung am völkerrechtswidrigen NATO-Angriff auf Jugoslawien zweieinhalb Jahre zuvor, einen grundlegenden Richtungswechsel in der deutschen Außenpolitik. Die damalige Koalition aus SPD und Grünen setzte, unterstützt von Union und FDP und gegen den Widerstand der PDS, die bereits zuvor eingeleitete Umorientierung der Bundeswehr durch: weg von einer reinen Verteidigungsarmee hin zu einer Armee im Einsatz. Der aus dem Jugoslawien-Krieg folgende NATO-Einsatz KFOR im Kosovo hält bis heute an. Weitere Auslandseinsätze folgten.

Vor allem der Bundeswehreinsatz in Mali, seit 2013 im Rahmen der EU-Ausbildungsmission EUTM Mali und der UN-Stabilisierungsmission MINUSMA, droht zum neuen Afghanistan zu werden. Weder Frieden noch Demokratie wurden durch die Auslandseinsätze der Bundeswehr gefördert. Der sogenannte Krieg gegen den Terror ist gescheitert.

Mindestens das Scheitern des Afghanistan-Einsatzes stellt daher auch die anderen Auslandseinsätze der Bundeswehr in Frage. Dass die Bundesregierung angekündigt hat, einen Abschlussbericht vorlegen zu wollen, ist zwar mit dem Ende einer Mission ohnehin selbstverständlich, aber in diesem Fall nicht hinreichend. Die Dimension des Afghanistan-Einsatzes, der Tod von Bundeswehrsoldaten und die hohe Anzahl an zivilen Opfern in Afghanistan, seine Dauer, sein Umfang, die enormen Kosten für den Steuerzahler, erfordern eine tiefgreifende politische Aufarbeitung, die Übernahme von politischer Verantwortung und das Ziehen von Schlussfolgerungen für die künftige Ausrichtung der deutschen Außenpolitik.

Dazu bedarf es einer umfassenden unabhängigen Aufarbeitung. Vorbild könnte die Einberufung einer Evaluierungs-Kommission nach dem Vorbild Norwegens sein. Die Mitglieder der Kommission müssen regierungsunabhängig sein. Aufgabenbereiche müssen die Entwicklungszusammenarbeit, die zivil-militärische Zusammenarbeit, die Rolle der Bundeswehr einschließlich der Kommandospezialkräfte sowie die Außenpolitik umfassen.

Zur Übernahme von Verantwortung gehört auch, dass Deutschland diejenigen, die in Afghanistan als Ortskräfte für die Bundeswehr und die deutsche Polizei gearbeitet haben, nicht schutzlos zurücklässt. Deutschland muss diesen Ortskräften unbürokratisch Asyl anbieten. Einschränkungen, etwa auf die Ortskräfte, die in der letzten Zeit für die Bundeswehr gearbeitet haben, oder umständliche Einzel-Antragsprüfungen darf es nicht geben.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Beendigung des NATO-Krieges in Afghanistan zu begrüßen und darauf zu dringen, dass auch das NATO-Mitglied Türkei seine Streitkräfte vollständig abzieht und die USA auf die angekündigte Fortsetzung der Bombardierung Afghanistans verzichtet;
2. den Afghanistan-Krieg über den angekündigten Abschlussbericht hinaus umfassend unabhängig aufzuarbeiten und politische Schlussfolgerungen dazu im Bundestag zur Diskussion zu stellen;
3. eine unabhängige Evaluierungs-Kommission, die vom Bundestag eingesetzt wird, nach dem Vorbild Norwegens zum Krieg in Afghanistan zu unterstützen und den dafür nötigen Zugang zu den entsprechenden Informationen in den Ministerien uneingeschränkt zur Verfügung zu stellen;
4. dafür zu sorgen, dass afghanische Ortskräfte, die im Dienst der Bundeswehr und der deutschen Polizei standen, jetzt schnell und unbürokratisch in Deutschland aufgenommen werden;
5. sich gegenüber den Bundesländern für einen Abschiebungsstopp und eine Bleiberechtsregelung für afghanische Geflüchtete einzusetzen und unverzüglich eine aktuelle Lageeinschätzung zu Afghanistan durch das Auswärtige Amt vorzunehmen, die der gesteigerten Gefahrenlage Rechnung trägt.

Berlin, den 22. Juni 2021

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.